



Mindestlohn muss kontrollierbar sein

MdL Dieter Hausold: Jeder vierte Beschäftigte in Thüringen profitiert vom Mindestlohn

Bezugnehmend auf die aktuelle Debatte zum Mindestlohn, bei der unter anderem auch die CDU versucht, diesen als ein „Bürokratiemonster“ zu delegitimieren, erklärte Dieter Hausold, wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag: „Nach Schätzungen des Thüringer Ministeriums für Wirtschaft, Wissenschaft und digitale Gesellschaft profitiert in Thüringen jeder vierte Beschäftigte vom Mindestlohn. Dies zeigt die große regionale Bedeutung für Kaufkraft und regionale Wertschöpfung. Ich warne eindringlich vor Panikmache.“

Richtig sei, dass für einen Teil der kleinen und mittelständischen Unternehmen sowie einige der Vereine und Verbände die Dokumentationspflichten eine zusätzliche Belastung darstellen. „Zu gegebener Zeit wird es eine Überprüfung geben müssen, ob Teile der Regelungen sich in der Praxis bewähren. Generell gilt jedoch: Ein Mindestlohn, der nicht kontrolliert werden kann, schadet wirtschaftspolitisch mehr als er nützt“, so der LINKE Wirtschaftspolitiker weiter.

Eine mangelhafte Kontrollmöglichkeit würde bedeuten, dass die Unternehmer, die nach Recht und Gesetz handeln, bestraft würden, weil die schwarzen Schafe der Branche sich unlauterer Wettbewerbsvorteile bedienen könnten. „Erste Auswertungen, etwa der DGB-Mindestlohnhotline, zei-

gen deutlich, dass es leider auch Unternehmen gibt, die versuchen, die gesetzlichen Bedingungen zu umgehen. Hier muss die Politik einen klaren Riegel vorschieben“, forderte Dieter Hausold.

Auch der Zeitpunkt der Debatte legt für den Landtagsabgeordneten der Linksfraktion nahe, dass andere Hintergründe die wirkliche Ursache vieler Debatten sind: „Ich finde es schon auffällig, dass keinen Monat nach der Einführung des Mindestlohns insbesondere die Akteure, die den Mindestlohn nie wollten, ein besonders lautes Geschrei anstimmen. Mit dabei die CDU, die teilweise zu vergessen scheint, wer in Berlin derzeit eigentlich Gesetze macht.“

CDU-Antrag unterminiert letztlich den Mindestlohn

Dieter Hausold verwies darauf, dass er in vielen Gesprächen in seinem Wahlkreis in Gera auch ganz andere Stimmen höre, auch von Unternehmerinnen und Unternehmern. „Ich würde es begrüßen, die Entwicklungen abzuwarten bis valide Daten vorliegen. Dann kann eine sachgerechte Debatte erfolgen“, sagte der wirtschaftspolitische Sprecher.

Mit Blick auf den jetzt für die Plenarsitzung des Landtags eingereichten Antrag der CDU-Fraktion mit dem Titel „Mindestlohnregelung unbürokratisch gestalten“, hatte die Vorsitzende der Linksfraktion, Susanne Hennig-Wellsow, gegenüber den Journalisten der Landespressekonferenz erklärt: „Wer wie die CDU, Dokumentationspflichten abschaffen will, unterminiert die Arbeit der Zollbehörden und damit die Durchsetzung des Mindestlohns.“ Im Übrigen seien auch Tarifbindung und die Reduzierung von Mindestlohn-Ausnahmen Maßnahmen, die die Unternehmen von Bürokratie entlasten. Hierfür werde sich die LINKE gemäß des Credo der Guten Arbeit einsetzen.

Was ist ein „erheblicher bürokratischer Aufwand“?

Die CDU will mit ihrem Antrag u.a. erreichen, dass sich der Landtag an das zuständige Bundesministerium für Arbeit wendet, „Regelungen zu schaffen, die für die Betroffenen nicht mit zusätzlichem Mehraufwand und bürokratischen Hürden versehen sind“. Weiter heißt es, „die bestehenden Regelungen zum Mindestlohn führen in ihrer Anwendung zu einem erheblichen bürokratischen Aufwand“, wobei sich Susanne Hennig-Wellsow fragte, was über die bereits bestehenden Nachweispflichten hinausgehen sollte.

Aber die CDU ist der Überzeugung: „Gerade für die klein- und mittelständisch geprägte Thüringer Wirtschaft und für viele Thüringer Vereine und Verbände sind die Ausführungsbestimmungen zum Mindestlohngesetz und die darin vorgesehenen Dokumentationspflichten der Unternehmen eine zusätzliche Belastung.“

KOMMENTIERT:

von Katharina König

AfD-Provokationen

Die AfD hat die Grenzen des Erträglichen überschritten, als sie zum Holocaust-Gedenktag in der Gedenkstätte Buchenwald einen Kranz niederlegen wollte, mit dem der Holocaust relativiert und die Opfer der Shoah und des Stalinismus gleichgesetzt werden sollten. Auch die Änderung des Kranzspruches ließ nicht erkennen, dass der AfD ein Gedenken der NS-Opfer auch nur im Ansatz wichtig wäre. Ihre Teilnahme an der Gedenkveranstaltung ist schon deshalb eine unerträgliche Provokation.

Nun hat sich der AfD-Fraktionsvorsitzende im Landtag, Björn Höcke, mit einem Interview in der Zeitschrift „Zuerst!“ über Asylsuchende (v. 23.1.) erneut im extrem rechten Spektrum positioniert. Die „Zuerst!“ entstand 2009 als Nachfolger der Neonazi-Zeitschrift „Nation Europa“, einer der wichtigsten Zeitungen der extrem rechten Szene in der Bundesrepublik, für die auch Tino Brandt, Chef des „Thüringer Heimatschutzes“ arbeitete. Herausgeber, Chefredakteure und viele Autoren der „Zuerst!“ gehören der extrem rechten Szene an.

Jetzt fordert Höcke im Interview, Europa müsse „seine Außengrenzen wirksam schützen“, auch durch „gut organisierte“ Lager für Flüchtlinge in Nordafrika. Dadurch könne man Europa vor einer „ungebremssten Masseneinwanderung schützen“. Das Interview führte „Zuerst“-Chefredakteur Manuel Ochsenreiter, bekannter Vertreter der Neuen Rechten, der auch für mehrere extrem rechte Gruppierungen als Referent auftrat.

Höcke mag seine unerträglichen Provokationen gegenüber den Opfern und Überlebenden des Holocausts noch hinter vorgeschobener Unwissenheit verstecken wollen. Sein Auftreten und Werben im extrem rechten Spektrum - Interviews in Blättern der extrem rechten bzw. neurechten Szene - sprechen eine deutlich Sprache. Wenn Höcke der Meinung ist, seine menschenverachtenden Ergüsse zur Flüchtlingspolitik in extrem rechten Blättchen und im Umfeld von Antisemiten zum Besten zu geben, gleichzeitig aber mit der AfD-Landtagsfraktion in der Gedenkstätte Buchenwald an den Gedenkfeiern teilnehmen will, dann offenbart sich hier die pure Heuchelei. Die AfD will das Gedenken zum Holocaust-Gedenktag nicht unterstützen, sondern mit ihren kalkulierten Aktionen erheblich stören.

AKTUELL CDU-Landtagsfraktion gießt Öl ins Feuer

Zum Antrag der CDU-Fraktion „Freiheitlich demokratische Grundordnung schützen – islamistischen Terror ächten und bekämpfen“ und zu darin enthaltenen Forderungen nach einem Aussteigerprogramm für Islamisten in Thüringen und nach Verschärfung des Sicherheitsrechts, erklärt der innenpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Steffen Dittes:

„Der Antrag der CDU trägt nicht dazu bei, die Debatte um Islam und politischen Islamismus in Thüringen zu versachlichen.“ Sowohl qualitativ als auch quantitativ entbehre der Antrag der CDU-Fraktion jedweder Grundlage. Gerade in der aktuellen Debatte um den Zusammenschluss von Neonazis mit rassistisch angeordneten Menschen in der soge-

nannten „PEGIDA“-Bewegung sei er „höchst gefährlich und gießt angesichts der faktisch im Freistaat nicht vorhandenen Islamisten-Szene Öl ins Feuer“. Es stelle sich die Frage, wen diese Ausstiegsberatung erreichen soll. „Wenn es keine Islamisten gibt, kann die Zielgruppe ja eigentlich nur in den Reihen derer liegen, die Montag für Montag vor dem angeblichen Untergang des Abendlandes warnen!“

Steffen Dittes warnt die CDU davor, sowohl zur Radikalisierung von jungen Muslimen als auch zur weiteren Stärkung islamophober Einstellungen beizutragen und gleichzeitig die abstrakte Angst nach dem terroristischen Anschlag in Paris für eine Verschärfung des Sicherheitsrechts und damit für tiefgreifende Eingriffe in Freiheitsrechte zu instrumentalisieren. Damit wür-

den Bewegungen, wie „PEGIDA“ und die rechtspopulistische AfD, in ihrer teils offen rassistischen Argumentation nur inhaltlich bestätigt und langfristig salonfähig gemacht. Nicht der Islamismus fordere die Demokratie heraus, sondern die offen geäußerten Überfremdungsängste vieler Thüringer und die von ihnen herbeiphantasierte „bevorstehende Islamisierung des Abendlandes“.

Natürlich lehne DIE LINKE jeglichen Terrorismus ab und stehe für eine freie demokratische Gesellschaft, für Gleichberechtigung, Säkularisierung und Religionsfreiheit. Religionsfreiheit endet dementsprechend, wo Grundrechte anderer aufgrund religiöser Dogmen eingeschränkt werden sollen, erst Recht, wenn hierzu Gewalt eingesetzt werden soll.